

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft

**Konsequenzen
aus den gewalttätigen Ausschreitungen während des G20-Gipfels
zugleich
Stellungnahme des Senats
zu den Ersuchen der Bürgerschaft vom 26. September 2018
„Konsequenzen aus der Aufarbeitung der gewalttätigen Ausschreitungen
rund um den G20-Gipfel im Sonderausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft“
(Drucksache 21/14466, Ziffer I.6)
und
„Konsequenzen aus der Aufarbeitung der gewalttätigen Ausschreitungen rund um den
G20-Gipfel im Sonderausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft
hier: Finanzielle Unterstützung der Konsequenzen zur Stärkung der Akademie
der Polizei sowie Stärkung der Extremismus- und Gewaltprävention“
(Drucksache 21/14470, Teil II.)**

1. Anlass

Als Konsequenzen der Aufarbeitung der gewalttätigen Ausschreitungen während des G20-Gipfels im Sonderausschuss „Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg“ hat die Bürgerschaft den Senat mit Beschlüssen vom 26. September 2018 ersucht, die Extremismus- und Gewaltprävention zu stärken (Drucksache

21/14466, Punkt I., Ziffer 6). Weiterhin wurde der Senat ersucht, die finanzielle Unterstützung für die Umsetzung dieser Konsequenzen zur Verfügung zu stellen (Drucksache 21/14470, Teil II.).

Das Ersuchen bringt zum Ausdruck, dass angesichts der Ereignisse während des G20-Gipfels Angebote und Maßnahmen der Extremismusprävention von steigender Bedeutung sind. Die links-

extremistischen Gewalttaten vorrangig junger Menschen böten einen Anlass, die bestehenden Ansätze der Präventionsarbeit zu überprüfen und weiter zu entwickeln. Weiterhin müsse geprüft werden, mit welchen Angeboten und Maßnahmen Jugendliche und Jungerwachsene, die sich ohne politische Motivation an den gewalttätigen Auseinandersetzungen beteiligten, erreicht werden könnten.

Der Senat wird ersucht, diese präventiven Maßnahmen in einem behördenübergreifenden Konzept zusammenzuführen und folgende Schwerpunkte in seiner Strategie zu berücksichtigen:

- Dialog mit der Zivilgesellschaft, um Gewaltfreiheit als Grundbedingung politischer Auseinandersetzung zu stärken und Präventionsangebote im Kontext der bei G20 gemachten Erfahrungen zu thematisieren,
- Förderung von Forschungsvorhaben zur Prävention gewaltförmiger Extremismen,
- Schaffung und gegebenenfalls Weiterentwicklung von Beratungsstrukturen,
- Information der Öffentlichkeit und Diskurs mit der Öffentlichkeit,
- Sicherstellung der Ressourcen für die Präventionsarbeit.

Zur Umsetzung wird der Senat ersucht,

1. zur Stärkung der Extremismus- und Gewaltprävention im beschriebenen Umfang für das Jahr 2018 im Einzelplan 4.0, Produktgruppe 255.03 „Integration, Opferschutz, Zivilgesellschaft“ die Mittel zum Aufbau des erforderlichen Personals (zwei Stellen, eine Stelle A14, Analyse, Konzeption, Projektentwicklung, bundesweite Vernetzung, eine Stelle A11, inhaltlich-organisatorische Unterstützung, Projektsteuerung) ab 1. Oktober 2018 dauerhaft inklusive benötigter Sach- und/oder Projektmittel in Höhe von 500.000 Euro aus dem Einzelplan 9.2, Produktgruppe 283.02 „Zentrale Ansätze II“, Produkt „Allgemeine Zentrale Reserve“ zur Verfügung zu stellen wobei die Mittel übertragbar sein sollen und die erforderlichen Stellengrundlagen ebenfalls zu schaffen sind sowie
2. die Folgefinanzierung der unter 1. genannten Maßnahmen auch für das Jahr 2020 in Höhe von weiteren 500.000 Euro sicherzustellen und der Bürgerschaft bis zum 31. Oktober 2019 über den Umsetzungsstand zu berichten.

Mit der vorliegenden Drucksache kommt der Senat Punkt I., Ziffer 6 des Ersuchens der Drucksache 21/14466 und des Ersuchens der Drucksache

21/14470, Teil II. nach und berichtet über den Umsetzungsstand.

2. Wesentliche Inhalte der Vorlage

Das anliegende Konzept des Senates zur Vorbeugung und Bekämpfung von linker Militanz und nicht-politischer Gewalttaten innerhalb von Protestgeschehen (Anlage 1) berücksichtigt die Arbeit des Sonderausschusses „Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg“ sowie den Stand der wissenschaftlichen Diskussion zum Phänomen. Daneben wurde sich mit anderen Ländern und dem Bund sowie anderen Institutionen und Einrichtungen über Erfahrungen mit Präventionsarbeit gegen linke Militanz ausgetauscht.

Der Senat hat sich vor diesem Hintergrund für eine Doppelstrategie entschieden, die sich zum einen der Prävention von linker Militanz und zum anderen den nicht-politisch motivierten Gewalttaten von gewaltbereiten und distanzlosen Jugendlichen und Jungerwachsenen innerhalb von Protestgeschehen widmet. Der Senat weist ausdrücklich darauf hin, dass das Konzept dort ansetzt, wo Grenzen des legitimen Protestes und der radikalen Meinungsäußerung überschritten werden und er in gewaltbereites, gewalttätiges und militantes Verhalten umschlägt.

Bereits bestehende erfolgreiche Maßnahmen und neue Ansätze werden in dem Konzept zusammengeführt. Näheres ist dem anliegenden Konzept zu entnehmen.

3. Ressourcenbedarf und Finanzierung

Zur Umsetzung des bürgerschaftlichen Ersuchens Drucksache 21/14470 (Teil II.) wurde in der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration im Amt für Arbeit und Integration zum 1. Dezember 2018 ein neues Referat AI 25 „Protestbewegungen“ mit zwei Stellen (A 14 und A 11) eingerichtet und der Abteilung „Integration, Zivilgesellschaft, Opferschutz“ zugeordnet. Eine Stelle umfasst die Analyse, Konzeption, Projektentwicklung und die bundesweite Vernetzung. Die zweite Stelle umfasst die inhaltlich-organisatorische Unterstützung und die Projektsteuerung.

Für das Haushaltsjahr 2019 sind Ressourcen in Höhe von 500 Tsd. Euro (rd. 197 Tsd. Euro Personalkosten, rd. 255 Tsd. Euro Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und 30 Tsd. Euro Kosten aus Transferleistungen in der PG 255.03 sowie rd. 18 Tsd. Euro Büroarbeitsplatzpauschalen in der PG 252.01) vorgesehen. Die in den Haushalts-

jahren 2019 und 2020 jeweils benötigten Mittel in Höhe von bis zu 500 Tsd. Euro werden in Bezug auf das Ersuchen im benötigten Umfang in den Haushaltsjahren 2019 und 2020 per Sollübertragung aus der PG 283.02 Zentrale Ansätze II an den Einzelplan 4 übertragen.

Die Planung und Bewirtschaftung der anfallenden Kosten und Erlöse wurde in der PG 255.03 dem Produkt „Förderung der demokratischen Kultur u. Zusammenhalt“ zugeordnet.

Sollten sich darüber hinaus weitere Stellen- oder Ressourcenbedarfe ergeben, sollen diese gemeinsam mit den o.g. laufenden Kosten, mit der Veranschlagung des Haushalts 2021/2022 strukturell eingeworben werden.

4. **Petition**

Die Bürgerschaft wird gebeten, von den Ausführungen in dieser Drucksache einschließlich der Anlage Kenntnis zu nehmen.

Anlage:

Konzept einer Doppelstrategie zur Vorbeugung und Bekämpfung von linker Militanz sowie nicht-politisch motivierter Gewalttaten von Jugendlichen und Jungerwachsenen innerhalb von Protestgeschehen

Konzept einer Doppelstrategie zur Vorbeugung und Bekämpfung von
linker Militanz sowie nicht-politisch motivierter Gewalttaten von
Jugendlichen und Jungerwachsenen innerhalb von Protestgeschehen

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	2
2	Vorbeugung und Bekämpfung von linker Militanz	3
2.1	Begrifflichkeiten	3
2.2	Forschungsstand	4
2.3	Erscheinungsformen	5
2.4	Militanz	7
2.5	Lage in Hamburg	8
2.6	Präventionsarbeit	9
3	Nicht-politisch motivierte Gewalttaten von gewaltbereiten und distanzlosen Jugendlichen und Jungerwachsenen innerhalb von Protestgeschehen	11
3.1	Phänomenbeschreibung	11
3.2	Forschungsstand	12
3.3	Lage in Hamburg	12
3.4	Präventionsangebote	13
4	Handlungsschwerpunkte	14
4.1	Handlungsschwerpunkte Vorbeugung und Bekämpfung von linker Militanz	15
4.1.1	Analyse und Aufbau von Expertise	15
4.1.2	Information der Öffentlichkeit	16
4.1.3	Vernetzung fördern	16
4.1.4	Qualifizierung von Fachkräften	17
4.1.5	Kinder und Jugendliche fördern und sensibilisieren	18
4.1.6	Einbindung bestehender Beratungsangebote	20
4.1.7	Stärkung der Zivilgesellschaft	20
4.1.8	G20-Aufarbeitung	21
4.2	Strategie gegen gewaltbereite und distanzlose Jugendliche und Jungerwachsene im Rahmen von Protestgeschehen	22
4.2.1	Analyse, Aufbau von Expertise	22
4.2.2	Wertediskussion	22
4.2.3	Stärkung von Verantwortung und Partizipation	23
4.2.4	Sozialraum ‚Schanzenviertel‘	23
5	Umsetzung und Verstetigung	24

1 Einleitung

Die gewaltsamen Ausschreitungen während des G20-Gipfels haben das Thema „Linksextremismus“ nicht nur in Hamburg, sondern in ganz Deutschland in den Fokus der Diskussion gerückt. Viele Personen aus dem In- und Ausland reisten an, um während der Gipfeltage am 7. und 8. Juli 2017 Protest zu üben. Der Großteil der vielen Demonstrationen und Protestaktionen verlief friedlich, überschattet wurden sie jedoch von den gewaltvollen Ausschreitungen, insbesondere von den Verwüstungen an der Elbchaussee am Morgen des 7. Juli und den Ausschreitungen in der Nacht vom 7. auf den 8. Juli 2017 im Stadtteil Sternschanze (Schulterblatt). Die Bilder dieser Ausschreitungen gingen um die Welt und vermittelten einen erschütternden Eindruck. Hierbei ist deutlich zu machen, dass es sich bei den Ausschreitungen während des G20-Gipfels um ein außerordentliches Ereignis handelte.

Die bisherigen Ermittlungserkenntnisse der Sonderkommission zur Ermittlung der Straftaten im Rahmen des G20-Gipfels (SoKo „Schwarzer Block“) haben ergeben, dass es sich um ein komplexes und vielschichtiges Zusammentreten verschiedener Tätergruppen handelte. Neben gewaltbereiten linken Gruppierungen, die zum Teil aus dem Ausland anreisten und konspirativ mit dem Ziel der Gewaltausübung zusammenarbeiteten, waren auch politisch unmotivierte Täterinnen und Täter an den Ausschreitungen beteiligt, die situativ handelten und in einer bisher in Hamburg nicht vorgekommenen Weise an Plünderungen von Geschäften und Befeuern der Ausschreitungen teilnahmen.

Der Sonderausschuss hat mit seinem Abschlussbericht die Arbeit zur Aufklärung der gewalttätigen Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel abgeschlossen. Bei Teilen der Bevölkerung haben die Ereignisse zu einem Vertrauensverlust in die staatlichen Strukturen geführt. Hier ist anzusetzen und gemeinsam mit den Anwohnerinnen und Anwohnern sowie anderen Betroffenen zu ermitteln, welche Themen im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel noch virulent sind und wo Bedarf der Aufarbeitung besteht.

Als Konsequenz aus der Aufarbeitung der gewalttätigen Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel im Sonderausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft ersuchte die Bürgerschaft den Senat, die Extremismus- und Gewaltprävention zu stärken (Drs. 21/14466, Punkt I., Ziffer 6). Weiterhin wurde der Senat ersucht, die finanzielle Unterstützung für die Umsetzung dieser Konsequenzen zur Verfügung zu stellen (Drs. 21/14470, Teil II.).

In der Folge der bisherigen Bewertung der Geschehnisse rund um den G20-Gipfel zeigen sich verschiedene Handlungsfelder: die politisch motivierte Gewaltbereitschaft verschiedener linker Gruppierungen, Eskalationsdynamiken sowie die nicht-politisch motivierte, situative Gewaltbereitschaft distanzloser Jugendlicher und Jungerwachsener. Diese Phänomene zeigten sich im Rahmen des G20-Gipfels teilweise unabhängig voneinander, zum Teil überschneidend. Welches der Phänomene überwiegt, ist im Rahmen der vorliegenden Entwicklungen und Gestaltung präventiver Ansätze unerheblich. Entscheidend ist die Entwicklung differenzierter zielgruppenspezifischer Ansätze.

Dementsprechend verfolgt das Konzept des Senates eine Doppelstrategie zur Vorbeugung und Bekämpfung von linker Militanz und nicht-politischer Gewalttaten innerhalb von Protestgeschehen. Zielrichtung dieses Konzeptes ist es ausdrücklich nicht, Protestgeschehen zu stigmatisieren oder zu delegitimieren und die Grundrechte auf Meinungsfreiheit oder Versammlungsfreiheit in Frage zu stellen. Protest und Protestgeschehen sind Ausdruck einer Zivilge-

sellschaft, welche die pluralistischen Positionen spiegelt und ihr Anliegen mehrheitlich mit demokratischen Mitteln zum Ausdruck bringt. Das Konzept setzt dort an, wo Grenzen des legitimen Protestes und der radikalen Meinungsäußerung überschritten werden und er in gewaltbereites, gewalttätiges und militantes Verhalten umschlägt. Das Konzept fragt nach den Lebenswelten der Akteurinnen und Akteure, betrachtet deren Schnittstellen mit großen Teilen der Gesellschaft und sieht in der Gesamtbetrachtung den Ansatzpunkt für wirksame Präventionsmaßnahmen. Dabei rücken auch wechselseitige Dynamiken, Kommunikationsprozesse, situative Faktoren und individuelle Motive für Gewalt in den Fokus der Betrachtung.

Die Beobachtung linksextremistischer Bestrebungen und die Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität zählen zu den Regelaufgaben der Sicherheitsbehörden, die hierbei auch mit anderen Fachbehörden zusammenarbeiten. Diese Aufgaben sind von diesem Konzept nicht berührt.

2 Vorbeugung und Bekämpfung von linker Militanz

Voranzustellen ist, dass es sich bei dem Bereich der linken Militanz um ein sehr viel komplexeres Thema handelt als in der Öffentlichkeit suggeriert wird. Maßnahmen und Ansätze, die in der Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus und von religiös begründetem Extremismus erprobt wurden und sich als erfolgreich erwiesen haben, können nicht einfach übertragen werden. Dies liegt zum einen an der eigenen Charakteristik des Phänomenbereichs, zum anderen aber auch an dem unterentwickelten Forschungsstand sowie den wenigen Erfahrungen mit Präventionsarbeit in diesem Feld.

2.1 Begrifflichkeiten

In der sicherheitsbehördlichen Debatte und Definition wird für den Phänomenbereich der Begriff Linksextremismus¹ einerseits und der Politisch motivierten Kriminalität Links (PMK-Links) andererseits verwendet. Der sicherheitsbehördliche Extremismusbegriff ist unverzichtbar, um in der von der Verfassung gewollten „wehrhaften“ Demokratie die Abgrenzung zwischen legitimer politischer Radikalität im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und verfassungsfeindlichem Extremismus mit dem erklärten Ziel ihrer Überwindung zu definieren. Damit gehört er zu den Grundlagen der entsprechenden Zuständigkeiten der Sicherheitsbehörden.

Daneben erfährt der Extremismus- bzw. der Linksextremismusbegriff eine zum Teil undifferenzierte Verwendung und wird in der sozialwissenschaftlichen Theorie und Einstellungsforschung überwiegend als analytisch eher kontraproduktiv empfunden, weil er pauschalisiert, stigmatisiert und die notwendige Differenzierungen in der staatlichen Reaktion nicht etwa sinnvoll begründet, sondern vielmehr erschwert. Kritisiert wird unter anderem, dass es sich um einen Sammelbegriff handele, der nur einen Minimalbereich der Gemeinsamkeit der sehr heterogenen Szene abbilde. Dies erschwere eine offene, differenzierte gesellschaftliche Diskussion über Linksextremismus und über linke Militanz erheblich.

¹ Definition des Landesamtes für Verfassungsschutz Hamburg, Verfassungsschutzbericht 2018, S. 85: „Je nach politisch-ideologischer Ausrichtung streben Linksextremisten eine sozialistische, kommunistische oder herrschaftsfreie, autonome oder anarchistische Gesellschaftsordnung an. Einig ist sich die heterogene Szene lediglich in dem Bestreben, die freiheitlich demokratische Grundordnung und damit die durch das Grundgesetz vorgegebene Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland überwinden zu wollen.“

In der Gesellschaft herrscht auch vor dem historischen Hintergrund und der Anschlussfähigkeit der politischen Handlungsfelder eine große Unklarheit und Unsicherheit, ob hiervon nicht auch links-demokratische Positionen umfasst sind und ab welchem Punkt ein Handeln oder eine Einstellung als linksextrem einzuordnen ist. Auch Personen mit links-demokratischen Einstellungen fühlen sich durch die Verwendung des Begriffs „Linksextremismus“ oftmals schnell betroffen, was weder beabsichtigt noch einem sachlichen Diskurs zuträglich ist.

Der Begriff ‚linke Militanz‘ bietet – trotz einer gewissen Unschärfe – ein stärkeres Abgrenzungskriterium hinsichtlich der beschriebenen Unklarheiten und macht deutlich, dass nicht links-demokratische Positionen erfasst sind, sondern stattdessen der militante, das heißt der gewaltbereite und gewalttätige Bereich des linken Spektrums, der sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richtet. Es bieten sich Anknüpfungspunkte im Diskurs um die Akzeptanz und Legitimierung von Militanz und Gewalt als Mittel zur Durchsetzung von bestimmten politischen Zielen sowie um Fragen der politisch-moralischen Selbstermächtigung. Der Begriff bietet die Möglichkeit, produktive Diskussionen in der Gesellschaft zu eröffnen, weshalb links-militantes Verhalten als demokratiegefährdend eingestuft werden muss, und ermöglicht die stärkere Verortung von Phänomenen wie Gewalt im Kontext von Protestgeschehen.

2.2 Forschungsstand

Zu den Themenfeldern Linksextremismus oder linke Militanz liegen wenig wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse vor. Grundsätzlich ist von einem unterentwickelten Forschungsstand zu sprechen, vorhandene Forschungsliteratur befasst sich größtenteils mit radikalen linken Politikströmungen, Parteien oder dem Linksterrorismus der Roten Armee Fraktion. Wissenschaftliche Befunde zu den sogenannten Autonomen, linken militanten Jugendprotestströmungen, Sozialisation und Radikalisierungsverläufen gibt es hingegen kaum. Das Wissen über die linke militante Szene beschränkt sich daher weitgehend auf Berichte von Sicherheitsbehörden und Selbstdarstellungen der Szene.

In den letzten Jahren erschienen erstmals Werke, die sich an eine Gesamtdarstellung des Phänomens Linksextremismus wagten sowie empirische Studien zu linken Einstellungsmustern. Wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Einzelphänomenen gibt es weiterhin kaum. Somit fehlt es an aussagekräftigen Erkenntnissen zu den Motiven, Hintergründen und Dynamiken gewalttätiger linker Manifestationen sowie dem Personenpotential.² Der schwierige Zugang zur links-militanten Szene und die oftmals konsequente Explorationsverweigerung machen es für die Wissenschaft schwierig, geeignete Interviewpartnerinnen und -partner für Studien zu finden. Die fehlende Organisation der Gruppierungen, die hohe Fluktuation und die Überschneidungen zu anderen Subkulturen erschweren es außerdem, Aussagen über die Szenenzusammensetzung zu treffen.³

Für Hamburg existieren derzeit kaum aussagekräftigen Studien.

Die Bundeszentrale für politische Bildung fördert den Austausch zwischen Wissenschaft, Verwaltung, Fachkräften und anderen Interessierten. Bereits zum zweiten Mal fand im November 2019 eine Fachtagung zum Thema „Linke Militanz“ in Bamberg statt, im Juni 2019 wurde die

² Zum Forschungsstand (Stand 2011) Pfahl-Traughber, Expertise „Aktuelle Strömungen und Entwicklungen im Themenfeld Linksextremismus in Deutschland. Forschungsstand und Forschungsdefizite“; eine eklatante Veränderung ist seitdem nicht zu erkennen.

³ Mannewitz/Ruch/Thieme/Winkelmann, Was ist politischer Extremismus?, S. 116.

Fachtagung „Auf die Straße! – Politischer Protest in Deutschland“ zu aktuellen Befunden und Entwicklungen von Protestgeschehen in Hamburg veranstaltet.⁴ In den Diskussionen und Vorträge der Veranstaltungen wurden aus Sicht des Senats die folgenden Aussagen unterstrichen:

- Protestgeschehen verlaufen in Deutschland weit überwiegend gewaltfrei. Im langjährigen internationalen Vergleich sind militante Protestverläufe in Deutschland weder quantitativ noch qualitativ herausragend. Historische Protestforschung zeigt, dass die Höhepunkte der Militanz des Protestgeschehens in Deutschland in den 1980er Jahren zu verorten sind.
- Aktuell entwickeln sich innerhalb wie neben den klassischen Protestformen weitere Protest- und Aktionsformen, dies zunehmend in oder unter Nutzung von Social Media. Die Aktionsformen - auch im Straßenprotest - werden insgesamt kreativer, bunter und spontaner. Auch das Teilnehmerspektrum der Versammlungen wird deutlich heterogener. Dabei nimmt die Gewaltbereitschaft eines sehr kleinen Teils des zunehmend diversen Teilnehmerspektrums derzeit tendenziell zu. Bei einem weiteren Teil der Protestierenden lässt sich situationsabhängig zumindest Gewaltoffenheit feststellen.
- Entsprechend schwierig ist die Entwicklung zielgruppengerechter Präventionskonzepte und –projekte zur Verhinderung von und Intervention bei Militanz. Bundesweit ist die Zahl der z. B. von der Bundesregierung geförderten Projekte auffällig gering; ihre Herangehensweisen sind im Vergleich zu anderen Bereichen wenig erprobt und kaum evaluiert. Das Problem der geringen Forschungstiefe, der Schwierigkeit, geeignete Träger für geeignete Konzepte zu finden, existiert bundesweit und es verstärkt sich noch einmal im Bereich der Online-Radikalisierung.

2.3 Erscheinungsformen

Linke Militanz tritt in mannigfaltigen Formen und Bereichen auf, wie beispielsweise im Kampf gegen den Kapitalismus oder als jugendkulturelle Ausdrucksform. Die Ursachen sind vielfältig und können unter anderem in der radikalen Systemopposition und Demokratiefeindschaft, der Folge eines eskalierenden Konflikts von sich politisch gegenüberstehenden Gruppen oder der Folge eines eskalierenden Protestgeschehens liegen.⁵

Militante linke Gruppierungen unterscheiden sich stark hinsichtlich ihrer Ideologie und Praxis, eine einheitliche Weltanschauung existiert nicht. Eine ausführliche Darstellung der wesentlichen vom Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg (LfV) als extremistisch eingestuften Gruppierungen in Hamburg und ihre Positionen zur Gewaltanwendung findet sich im aktuellen Verfassungsschutzbericht.⁶

Die meisten Gruppierungen lehnen eine formale Hierarchie streng ab, sodass keine feste Organisation oder Strukturen etabliert sind. Oft handelt es sich um eher kurzlebige, kleine Gruppen. Die Gruppierungen agieren unabhängig voneinander. Es gibt keine übergeordnete feste

⁴ Die Tagungsdokumentation zur Veranstaltung „Auf die Straße! Politischer Protest in Deutschland“ am 17./18. Juni 2019 findet sich unter: <http://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/298248/tagungsbericht-auf-die-strasse-politischer-protest-in-deutschland> [abgerufen am 29.11.2019].

⁵ BT-Drs. 18/9538.

⁶ Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg, Verfassungsschutzbericht 2018, S. 98 ff.; abrufbar unter: <https://www.hamburg.de/contentblob/12760318/4bb25d02342bb6c10bea7ddbedd2ed18/data/vsb-2018.pdf> [abgerufen am: 29.11.2019].

Vernetzung, anlass- und aktionsbezogen kommt es aber zu Bündnissen.⁷ Die Aktionsbezogenheit spiegelt sich teilweise auch in den Gruppennamen wieder. Einschlägige Internetplattformen oder Periodika fungieren als Binde- und Kommunikationsmittel.⁸ Durch die Möglichkeiten des Internets und der sozialen Medien kann nicht nur schneller, sondern auch grenzübergreifend informiert und mobilisiert werden.

Die Fluktuation in den einzelnen Gruppierungen hängt auch mit einer Veränderung der Lebenssituation der einzelnen Personen zusammen. Es besteht die Annahme, dass das aktive Engagement – insbesondere mit dem Einstieg in das Berufsleben oder nach der Familiengründung – für viele nicht mehr attraktiv ist, auch wenn weiterhin Sympathie für die Ziele, Mittel und Szene besteht.⁹ Daneben ist nicht bekannt, dass Personen, die sich aus gewaltbereiten linken Strukturen zurückziehen oder von der militanten linken Szene distanzieren wollen, szeneninternen Repressionen ausgesetzt sind.

Die politischen Handlungsfelder der verschiedenen Gruppierungen werden vielfach auch von breiteren Teilen der Gesellschaft geteilt und sind daher keineswegs aufgrund ihrer Materie als „linksextrem“ oder „linksradikal“ einzustufen. Als Agitationsfelder sind insbesondere „Antifaschismus“, „Antigentrifizierung“, „Antiglobalisierung“, „Antikapitalismus“, „Antiimperialismus“, „Antizionismus“, „Antimilitarismus“ und „Antirepression“ zu nennen. Diese Themenfelder bieten, insbesondere in Metropolen wie Hamburg, ein größeres Anschlusspotenzial für andere Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft, sodass oft eine hohe Anzahl an Personen für Demonstrationen mobilisiert wird.¹⁰ Es kommt daher häufig zu aktionsbezogenen Bündnissen verschiedener Akteursgruppen. Die Zusammensetzung der Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer reicht oft von friedlichen Demonstrierenden aus der Mitte der Gesellschaft bis zu gewaltbereiten Aktivistinnen und Aktivisten, die gezielt aus der Menge heraus agieren.¹¹

Die Stärke des Engagements in den verschiedenen Handlungsfeldern hängt stark mit aktuellen Ereignissen und Entwicklungen zusammen.

Links-militante Gruppen riegeln und grenzen sich mit Blick auf die Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen nicht hermetisch ab. Neben den beschriebenen Bündnissen besteht auch eine Vermischung und Beeinflussung mit anderen linken oder jugendlichen Szenen wie zu Punks und linksalternativen Cliques. Zu diesen bestehen kulturelle sowie inhaltliche Anknüpfungspunkte.¹²

⁷ Eine Ausnahme stellt die Interventionistische Linke (IL) dar.

⁸ Mannewitz/Ruch/Thieme/Winkelmann, Was ist politischer Extremismus?, S. 115.

⁹ Schroeder/Deutz-Schroeder, Gegen den Staat und das Kapital –für die Revolution!, S. 196 f.; Mannewitz/Ruch/Thieme/Winkelmann, Was ist politischer Extremismus?, S. 116.

¹⁰ Das Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg (LfV) beobachtet aber auch das umgekehrte Phänomen der sogenannten Entgrenzung: Die genannten Themen dienen auch (Links-)Extremisten taktisch und strategisch dazu, Allianzen mit ausdrücklich nicht-extremistischen Initiativen bzw. Akteuren zu suchen, um zugleich die eigene Weltanschauung zu verbreiten. Hierzu ausführlich Verfassungsschutzbericht 2018, S. 120 ff., abrufbar unter: <https://www.hamburg.de/content-blob/12760318/4bb25d02342bb6c10bea7ddb2ed18/data/vsb-2018.pdf> [abgerufen am: 29.11.2019].

¹¹ Pfahl-Traughber, Linksextremismus in Deutschland, S. 192 f.; die Handlungsfelder erfüllen eine Akzeptanzfunktion, eine Bündnisfunktion, eine Erosionsfunktion, eine Integrationsfunktion, eine Mobilitätsfunktion und eine Verschiebefunktion.

¹² Mannewitz/Ruch/Thieme/Winkelmann, Was ist politischer Extremismus?, S. 116.

Äußerungen von Szeneanhängerinnen und -anhängern lassen erkennen, dass weniger die politische Ideologie oder die verfolgten Ziele der Gruppierungen, sondern deren Auftreten und das „Versprechen von Identität und Gemeinschaft zum Haupteintrittsmotiv gehören“.¹³

2.4 Militanz

Gewalt wird von militanten linken Gruppierungen als legitimes Mittel der Reaktion auf strukturelle Gewalt des Kapitalismus oder des repressiven Staates und seiner Sicherheitsorgane gesehen.¹⁴ Dies umfasst auch gezielte Straftaten und militante Aktionen, mitunter im Rahmen von Protestgeschehen.

Für gewaltorientierte linke Gruppierungen ist das Verständnis von Militanz ein zentrales Element ihres politischen Selbstbildes.¹⁵ Die Bereitschaft zur Gewaltanwendung richtet sich gegen ein klares Feindbild: den Staat (insbesondere Polizei) und tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextreme. Die Anwendung von Gewalt wird als Gegengewalt gegen die strukturelle Gewalt des Staates gerechtfertigt. Zur Bekämpfung werden jegliche Widerstandsformen bis hin zur Gewaltanwendung als legitim angesehen. Gewalttätiges Handeln findet in Teilen der linken Szene Zuspruch oder wird zumindest sympathisierend geduldet.¹⁶ Hierbei kommt es nicht auf die Gewaltanwendung des Einzelnen an, sondern letztlich auf die Vermittlung der Gewalt als legitimes Mittel und die Akzeptanz in einer breiten Masse der Gesellschaft. Um den Einsatz von Gewalt auch für die Öffentlichkeit vermittelbar zu machen, werden Selbstbeziehungsschreiben über verschiedene Medienkanäle und -plattformen (z.B. de.indymedia.org) veröffentlicht, in denen vorgeblich legitime Motive dargelegt werden. „Sinnentleerte“ Gewaltexzesse werden abgelehnt; gleichwohl wird Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und –beamte ausdrücklich gebilligt. Gleiches gilt für Gewalt gegen Rechtsextremisten. Nach Beobachtungen der Sicherheitsbehörden sinkt die Hemmschwelle.¹⁷ In der Diskussion um Gewalt und Militanz schreiben sich Akteure aus der linken Szene regelmäßig eine moralische Überlegenheit zu.¹⁸ Gleichzeitig wird in der linken Szene, insbesondere in Hamburg, seit Jahren diskutiert, wie weit Gewalt zur Durchsetzung der eigenen Positionen gehen darf.

Militanz hat auch eine symbolische Bedeutung: Für autonome Gruppen dient sie gegenüber der Öffentlichkeit als Selbstinszenierung, als „Ausweis der Radikalität“.¹⁹ Daneben wirkt Gewalt zudem identitätsstiftend und fördert den Gruppenzusammenhalt.²⁰ Die Ästhetisierung und Heroisierung von Gewalt finden sich auch in der Bildsprache von Plakaten und Flugblättern

¹³ Schroeder/Deutz-Schroeder, Gegen den Staat und das Kapital – für die Revolution!, S. 197 ff.; Mannewitz/Ruch/Thieme/Winkelmann, Was ist politischer Extremismus?, S. 117.

¹⁴ Pfahl-Traugber, Linksextremismus in Deutschland, S. 175; Lang, Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, S. 371.; Mannewitz/Ruch/Thieme/Winkelmann, Was ist politischer Extremismus? S. 119.

¹⁵ Baron, Die linksautonome Szene, S. 239 f.; Zu den Militanzdebatten im Rahmen autonomer Selbstverständnisdebatten Haunss, Die Autonomen S. 32, 36 f.

¹⁶ Schroeder/Deutsch-Schroeder, Gegen Staat und Kapital –für die Revolution, S. 398; Baron, Das Selbstverständnis von Links- und Rechtsautonomen, S. 438.

¹⁷ Vgl. „Bundeslagebild Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte 2018“ des BKA, abrufbar unter: https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/Lagebilder/GewaltGegenPVB/gewaltGegenPVB_node.html [abgerufen am 29.11.2019].

¹⁸ Mannewitz/Ruch/Thieme/Winkelmann, Was ist politischer Extremismus? S. 119; Thieme, Feindbild Polizei im Linksextremismus, in: APuZ 21-23/2019, S. 45.

¹⁹ Haunss, Die Autonomen, S. 37.

²⁰ Lang, Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, S. 371.

wieder.²¹ Durch militante Aktionen kann eine breite Aufmerksamkeit in den Medien erreicht werden, hierbei erzielen auch kleinere Aktionen über die Berichterstattung oft eine große Reichweite.

Armin Pfahl-Traugber beschreibt, dass es im Rahmen von Protest- und Demonstrationsgeschehen häufig zu Ausschreitungen und Konfrontationsgewalt komme. Diese erschienen häufig situativ oder spontan, seien aber sceneintern vorbereitet. Die Angriffe mit Flaschen, Steinen und Feuerwerkskörpern richteten sich nicht nur gegen Fahrzeuge, Einrichtungen oder Gebäude, sondern auch gezielt gegen die Polizei und bei Gegendemonstrationen gegen Rechts-extreme oder Polizeikräfte, die wie ein „Prellbock“ zwischen den Demonstrationsgruppen stünden. Ausgangspunkt der Ausschreitungen sei häufig der sogenannte „Schwarze Block“ (einheitliche schwarze Kleidung, Sonnenbrillen und Vermummung), der einen eigenständigen Teil des Demonstrationzuges darstelle.²²

Militanz umfasst außerdem Brand- und Sprengstoffanschläge gegen Fahrzeuge vermeintlich wohlhabender Personen, Politikerinnen und Politikern, Spitzenbeamtinnen und -beamten sowie Unternehmen, gegen staatliche Einrichtungen oder Einrichtungen der Infrastruktur. Mit derartiger politisch links motivierter Kriminalität soll Einfluss auf Staat und Gesellschaft genommen werden.

2.5 Lage in Hamburg

Einen ausführlichen Überblick über die Entwicklung und Gruppierungen der linksextremistischen Szene in Hamburg bieten der Jahresbericht 2018 des LfV Hamburg sowie die Statistiken zu politisch-motivierter Kriminalität²³ auf die an dieser Stelle verwiesen wird.

Das linksextremistische Personenpotenzial in Hamburg wuchs im Jahr 2018 leicht auf etwa 1.335 Personen an (2017: 1.220). Wie schon 2017 liegt der Zuwachs insbesondere im gewaltorientierten Bereich. Dies ist vor allem die Folge der weiteren polizeilichen Ermittlungen zu Straftaten im Kontext des G20-Gipfels. 750 Personen gehörten 2018 der autonomen Szene in Hamburg an (2017: 620). Das Potenzial der anarchistischen Szene betrug ca. 40 Personen (2017: 30). 145 Personen (2017: 110) waren 2018 den antiimperialistischen Gruppen zuzurechnen. Das LfV Hamburg stufte 2018 insgesamt 935 Personen (2017: 770) als gewaltorientierte Linksextremisten ein. Das Potenzial der marxistisch-leninistischen Kern- und Nebenorganisationen sowie revolutionär-marxistischen Gruppen ging auf ca. 400 Personen (2017: 450) zurück.

Die Zahl der in Hamburg insgesamt erfassten Straftaten im Rahmen der politisch motivierten Kriminalität (PMK-Links)²⁴ ging im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurück. Die

²¹ Pfahl-Traugber, Linksextremismus in Deutschland, S. 147.

²² Pfahl-Traugber, Linksextremismus in Deutschland, S. 148.

²³ LfV Hamburg, Verfassungsschutzbericht 2018, abrufbar unter: <https://www.hamburg.de/content-blob/12760318/4bb25d02342bb6c10bea7ddbbedd2ed18/data/vsb-2018.pdf> [abgerufen am 29.11.2019].

²⁴ Zu der PMK-Links gehören die bedeutenden Teilmengen der extremistischen Straftaten, der politisch motivierten Gewalttaten sowie der Hasskriminalität, die sich teilweise überschneiden. Ob eine Tat als extremistische zu werten ist, entscheidet das LfV nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen. Straftaten im Kontext des G20-Gipfels sind nach bundeseinheitlichen sicherheitsbehördlichen Einstufungskriterien weit überwiegend als extremistisch motiviert einzustufen, weil sie sich gegen Elemente der

zuvor signifikanten Anstiege im Jahr 2017 gegenüber den Vorjahren sind auf die Ausschreitungen während des G20-Gipfels zurückzuführen. Die Zeit nach den Geschehnissen rund um den G20-Gipfel 2017 war insgesamt neben verbaler auch von physischer Zurückhaltung geprägt, sodass gewalttätig verlaufende Versammlungen und die typischerweise daraus resultierenden Straftaten ausblieben.

PMK Links in Hamburg*	2015	in %**	2016	in %**	2017	in %**	2018	in %**	2019****	in %**
Straftaten gesamt	944		705		2157		396		264	
└ davon extremistische Straftaten***	252	26,7%	165	23,4%	1625	75,3%	96	24,2%	37	14,0%
└ davon Gewaltdelikte	276	29,2%	185	26,2%	1038	48,1%	81	20,5%	15	5,7%
└ davon antisemitisch	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	1	0,3%	0	0,0%
└ davon Bezug zu Demonstrationen (alle)	554	58,7%	406	57,6%	1603	74,3%	189	47,7%	84	31,8%

* Eingangsstatistik, in der Straftaten im Jahr ihrer Begehung registriert werden.

** Die Prozentangaben beziehen sich jeweils auf die Gesamtzahl der Straftaten PMK links.

*** Da einzelne Straftaten mehreren Teilmengen zugeordnet werden können, steht die Summe von Teilmengen in keinem Zusammenhang mit der Gesamtzahl erfasster Straftaten.

**** Die Angaben für das 1.-3- Quartal 2019 (Stand 18.11.2019) sind vorläufig und können sich aufgrund von Nachmeldungen oder Ermittlungsergebnissen verändern.

2.6 Präventionsarbeit

Bundesweit gibt es nur wenige Erfahrungen mit Präventionsarbeit zu linker Militanz sowie wenig Forschung zur Bildungs- und Jugendarbeit in diesem Bereich, eine systematische Auseinandersetzung steht weitgehend am Anfang.²⁵ Im Jahr 2010 wurde das Thema Linksextremismus erstmals durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Bundesprogramm „Initiative Demokratie stärken“ aufgegriffen. Ziel war die Förderung und Weiterentwicklung von präventiv-pädagogischer Praxis in den beiden bislang weitgehend unberücksichtigt gebliebenen Phänomenbereichen Linksextremismus und islamistischer Extremismus.²⁶ Die Umsetzungserfahrungen zeigen, dass der Begriff „Linksextremismus“ erhebliche Schwierigkeiten in der pädagogischen Arbeit als auch im Hinblick auf die öffentliche Akzeptanz erzeugt und Zugänge verbaut, anstatt sie zu eröffnen.²⁷ Derzeit werden acht Modellprojekte gefördert. 2019 wurde das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ entfrischt, um Planungssicherheit zu gewährleisten.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass es im Bereich der linken Militanz andere Ansätze in der Präventionsarbeit benötigt als bisher im Bereich anderer Extremismusphänomene ange-

freiheitlich-demokratischen Grundordnung (G20-Gipfel als Veranstaltung der Bundesregierung) und/oder gegen staatliche Organe (Gewalt gegen Einsatzkräfte) und/oder den Gedanken der Völkerverständigung (multilaterale Gipfelveranstaltung) richteten.

²⁵ Glaser, ‚Linke‘ Militanz im Jugendalter – ein umstrittenes Phänomen, S. 9; ausführlich hierzu: Pfahl-Traugber, Expertise „Aktuelle Strömungen und Entwicklungen im Themenfeld Linksextremismus in Deutschland. Forschungsstand und Forschungsdefizite“.

²⁶ BT-Drs. 18/12743, S. 13 f.

²⁷ BT-Drs. 18/12743, S. 16.

wendet werden. Eine schlichte Übertragung der Maßnahmen im Rahmen von phänomenspezifischer Prävention ist nicht zielführend und hat sich nicht als erfolgsversprechend erwiesen (z.B. Aussteigerprogramm/-telefon des Bundesamtes für Verfassungsschutz).²⁸

Präventionsarbeit gegen linke Militanz muss sich den Schwierigkeiten stellen, dass sie in der Öffentlichkeit eher kritisch wahrgenommen und ein Bedarf in Frage gestellt wird. Insbesondere hinsichtlich der Akzeptanz von linker Militanz und der Distanzierung von vermeintlich „guter“ Gewalt bestehen erhebliche Grauzonen und eine Vermeidung der Diskussion. Das gesellschaftliche Aufgreifen der Debatte um das Thema linke Militanz, dessen Inhalt und die eigene Grenzziehung sieht der Senat daher als wichtigen und notwendigen Schritt an. Dies kann auch Unsicherheiten und Vorurteile abbauen, vor allem aber das Thema aus der „Tabuzone“ heben.

Daneben muss Prävention gegen linke Militanz im Vorfeld stets ihre Zielrichtung verdeutlichen.²⁹ Sie wendet sich ausdrücklich nicht gegen linkes zivilgesellschaftliches Engagement und in keinem Fall gegen links-demokratische Ansichten. Auch soll unter keinen Umständen legitimer Protest oder die Teilnahme an Versammlungen stigmatisiert werden.

Das Instrumentarium geeigneter phänomenspezifischer Präventions- und Bildungsformate ist sehr klein. Die Gründe liegen in der bundesweit wenig vorhandenen Erfahrung mit Präventionsarbeit gegen linke Militanz, der oftmals geringen Nachfrage, durch welche die Erprobung neuer Formate erschwert wird und dem bereits dargestellten unterentwickelten Forschungsstand.³⁰ Gerade mangels belastbarer Forschung zu diesem Phänomen gestaltet sich ein zielgruppengerechter Zuschnitt von Maßnahmen schwierig. Der Senat erachtet die Förderung von Grundlagenforschung und Studien in diesem Bereich daher als dringend notwendig. Hierbei sollten auch Erkenntnisse aus der Biographieforschung und Entwicklungspsychologie einbezogen werden. Insgesamt kann hierdurch zur Sachlichkeit der Diskussion beigetragen werden. Auf Grundlage bestehender und zukünftiger Forschungsergebnisse sowie Datenlagen werden Maßnahmen zudem auch unter Geschlechts- und Genderaspekten geprüft, angepasst oder neu konzipiert.

Die dargestellten Aspekte führen in ihrer Gesamtheit auch zu der Schwierigkeit, es mit einer sehr heterogenen Zielgruppe zwischen jugend-kultureller Szene und ideologisch verfestigter Militanz zu tun zu haben. Weiterhin besteht bundesweit aus diesen Gründen ein erhebliches Akzeptanzproblem in der Trägerlandschaft hinsichtlich der Präventionsarbeit zu linker Militanz.³¹

Vor diesem Hintergrund bieten sich die Stärkung der Demokratie, die Demokratieförderung sowie die allgemeine Gewaltprävention als weitere Ansätze an. Der Senat sieht seine Arbeit zur Förderung der Demokratie als Daueraufgabe an. Konzepte und in Teilen auch Maßnahmen finden sich bereits in einer Reihe anderer Drucksachen wie dem Handlungskonzept „Handeln gegen Jugendgewalt“ (Drs. 18/7296) mitsamt seiner Fortschreibung im Jahr 2010 (Drs. 19/8174) sowie seiner Erweiterung und Intensivierung im Jahr 2012 (Drs. 20/5972), der Engagementstrategie (Drs. 20/12430) mitsamt seiner Fortschreibung von 2019 (Drs. 21/19311), der Antidiskriminierungsstrategie (Drs. 20/12555) sowie dem Senatskonzept zur Vorbeugung und Bekämpfung von religiös begründetem Extremismus und antimuslimischer Diskriminierung mit

²⁸ Zu den Erfahrungen BT-Drs. 18/13268.

²⁹ van Hüllen, Unterschiede der Prävention im Rechts- und Linksextremismus, S. 493 ff.

³⁰ van Hüllen, Unterschiede der Prävention im Rechts- und Linksextremismus, S. 493 ff.

³¹ Greuel et al., Zweiter Bericht: Modellprojekte Programmevaluation „Demokratie leben!“ S. 180.

seinen Aktualisierungen im Juni 2016 (Drs. 21/5039) und August 2018 (Drs. 21/14037) und dem Landesprogramm zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus „Hamburg – Stadt mit Courage“ (Drs. 20/9849) mitsamt seiner Fortschreibung im Jahr 2019 (Drs. 21/18643).

Komplementärer Bestandteil des Konzeptes sind zudem Maßnahmen der Strafverfolgung, nicht zuletzt wegen ihres generalpräventiven Effekts. Durch neue Ermittlungsansätze konnte nach dem G20-Gipfel die Aufklärungsquote von Straftaten innerhalb von links-motivierten Protestgeschehen erstmals erhöht werden. Daneben dient die Strafverfolgung auch dem Schutz aller Formen legitimen Protests in Hamburg vor Diskreditierung und Delegitimierung.

3 Nicht-politisch motivierte Gewalttaten von gewaltbereiten und distanzlosen Jugendlichen und Jungerwachsenen innerhalb von Protestgeschehen

Demonstrationen und Protestaktionen in den genannten Themenfeldern ziehen vermehrt Personen an, deren Beweggrund zur Teilnahme an der Versammlung nicht in dem Ziel der gemeinsamen Meinungsäußerung zu sehen ist. Links-politische Motivation ist bei diesen Personen nicht erkennbar. Die sogenannten „erlebnisorientierten Jugendlichen“, „Krawalltouristen“ oder „Action Seeker“ suchen den Reiz der Gewaltausübung.

3.1 Phänomenbeschreibung

Es kann vermehrt beobachtet werden, dass auf linken und rechten Demonstrationen oder Aufzügen auch gewaltbereite und distanzlose Jugendliche und Jungerwachsene anzutreffen sind, deren Handeln nicht von einer politischen Motivation getragen wird.

Distanzlos beschreibt hierbei das Verhalten, bei dem soziale Interaktionen ohne emotionale Abstimmung oder gegen den erklärten Widerstand des Gegenübers erzwungen werden. Während der G20-Ausschreitungen war dies im Rahmen der situativen Plünderungen oder auch allgemein im Auftreten gegenüber Hoheitsträgern zu beobachten.

Diese treten insbesondere auch bei Ausschreitungen oder Krawallen in Erscheinung. Sie weisen keine politische Motivation auf, ihnen geht es um den „Kick“ und die Versammlung als Raum für Ausschreitungen. Hierdurch wirken sie als Verstärker für gewalttätige Aktionen.

Grundsätzlich besteht in der Gesellschaft ein großes Vertrauen in die Arbeit der Polizeikräfte. Die Erkenntnisse des polizeilichen Jugendschutzes aus der Arbeit mit polizeilich auffälligen Jugendlichen zeigen, dass in dieser Gruppe überwiegend jedoch keine Akzeptanz gegenüber hoheitlichen Amtsträgerinnen und Amtsträgern besteht. Dabei wird klar zwischen uniformierten Kräften des täglichen Dienstes, Kräften der geschlossenen Einheiten und zivilen Fahndungskräften unterschieden, wobei gegenüber den beiden letztgenannten ein deutliches „Feindbild“ feststellbar ist. Die Bereitschaft von polizei- und gewalterfahrenen Jugendlichen, sich von anderen mitreißen und zu Gewalttaten inspirieren zu lassen, scheint insbesondere dann zuzunehmen, wenn es eine erhöhte Identifikation mit übereinstimmenden Themen gibt. Beispielhaft trägt das Gefühl „von der Gesellschaft abgehängt“ zu sein, auch bei Jugendlichen zur gemeinsamen Teilnahme an Demonstrationen, insbesondere wenn sich diese thematisch gegen den Staat richten, bei.

Die Erkenntnisse der SoKo „Schwarzer Block“ zu den Ausschreitungen während des G20-Gipfels machen deutlich, dass die Tätergruppe der gewaltbereiten und distanzlosen Jugendlichen und Jungerwachsenen hinsichtlich ihrer Sozialisierung nicht homogen ist. Gemeinsam ist ihnen aber das gewalttätige Verhalten innerhalb von Protestgeschehen.

Angriffe auf die Berufsgruppen der Polizei, Feuerwehr und Rettungsmedizin sprechen für eine sinkende Legitimationswahrnehmung in bestimmten Gruppen.³²

3.2 Forschungsstand

Der Forschungsstand zu dem Bereich der unpolitischen Gewaltorientierung und –akzeptanz innerhalb von Protestgeschehen ist ebenfalls eher unterentwickelt. Erkenntnisse ergeben sich primär aus der polizeilichen Aufarbeitung einzelner Protestgeschehen, in denen es zu Ausschreitungen kam. Das vielschichtige Phänomen ähnelt anderen Ausschreitungen und Jugendphänomenen wenig, sodass auch diese kaum vergleichend herangezogen werden können.

Zu einzelnen Teilbereichen, wie beispielsweise zur Entwicklung der Angriffe auf Rettungskräfte, gibt es Studien und Forschungsvorhaben. Dies gilt auch für Erkenntnisse der Protest- und Bewegungsforschung, die auch in diesem Feld Aufschlüsse zu den Protest- und Gewaltdynamiken geben können.

3.3 Lage in Hamburg

In der Vergangenheit kam es bei Veranstaltungen, wie dem „Revolutionären 1. Mai“, dem Schanzenfest oder jüngst dem G20-Gipfel zu gewaltvollen Ausschreitungen. Jugendliche und Jungerwachsene verabreden sich gezielt zu solchen Ereignissen und reisen sogar speziell für diese aus dem Umland an. Daneben gibt es auch diejenigen, die wahrscheinlich zunächst nicht mit dem Ziel der eigenen Beteiligung an den Gewaltausbrüchen die Veranstaltungen besuchen, dann aber im Verlauf der massenhaften Gewalttaten von Unbeteiligten zu Täterinnen und Tätern werden. Dies haben die Ausschreitungen während des G20-Gipfels in der Sternschanze noch einmal verdeutlicht, als bis dahin dem äußeren Eindruck nach unbeteiligte Personen situativ zu Täterinnen und Tätern wurden und sich an den Plünderungen oder dem Anzünden von Barrikaden und Flaschenwürfen auf Polizeikräfte beteiligten. Teilweise kam es auch zu niedrigschwelligen Unterstützungshandlungen wie Anfeuern oder dem Bereitstellen von leeren Flaschen.

Aus den Erkenntnissen der SoKo „Schwarzer Block“ sowie den Erfahrungen aus Ausschreitungen anderer Protestgeschehen können folgende nicht-politisch motivierte Gruppen beschrieben werden:

³² Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS, Ergebnistabelle 943, hier für 2018) weist die gesamtdeutschen Zuwächse der Straftaten mit Opfern z. B. aus Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten aus: https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2018/Standardtabellen/Opfer/STD-O-14-T943-Beruf-Taetigkeit-2_excel.xlsx?__blob=publicationFile&v=3; Im jährlichen „Bundeslagebild Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte“ des Bundeskriminalamtes (https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/Lagebilder/GewaltGegenPVB/gewaltGegenPVB_node.html) finden sich Angaben zu Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte. Über Angriffe auf Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte in Hamburg berichtet der Senat regelmäßig, zuletzt u. a. mit den Drs. 21/18797 (Feuerwehr 2017-2019), Drs. 21/16594 (Angehörige des öffentlichen Dienstes), Drs. 21/15513 (Polizei und Feuerwehr), Drs. 21/11879 (Feuerwehr und Rettungskräfte) sowie 21/11532 (Polizei und Rettungskräfte).

- Gewalterlebnisorientierte Personen

Die Personengruppe wies keinen politischen Hintergrund auf, war aber zum Teil polizeierfahren aufgrund eines kriminellen Hintergrundes. Aufgrund dessen haben sie die Polizei per se als Feindbild. Sie traten sehr enthemmt als Gewalttäter auf, jedoch ohne Gruppenbezug, Planung und zum Teil sehr ungesteuert.

- Erlebnisorientierte Personen

Diese Personen wiesen ebenfalls keine politische Motivation auf. Die Personengruppe kam aufgrund der Dynamik in das Schanzenviertel und hat zum Teil unter Alkoholeinfluss Gewaltstraftaten begangen. Zu dieser Gruppe gehören sowohl Personen mit Vorstrafen als auch ohne. Einige Personen ohne Vorstrafen machten im Nachhinein glaubhaft, ihr Handeln sehr zu bereuen. In der Regel hatten sich diese Personen mit anderen verabredet und haben sich gegenseitig „angestachelt“.

Die Echtzeit-Dimension von Berichterstattung und sozialen Medien trägt in erheblichem Maße dazu bei, dass sich mehr Personen an Protestgeschehen oder Ausschreitungen beteiligen. Über Soziale Medien wie Twitter, Facebook oder Instagram verbreiten sich Bilder und Nachrichten deutlich schneller. Jugendliche und Jungerwachsene fahren gezielt zu den Orten, an denen „etwas los ist“ und verabreden sich hierzu.

3.4 Präventionsangebote

Die fehlenden belastbaren Erkenntnisse und aussagekräftigen Studien über den Phänomenbereich erschweren die Entwicklung zielgruppengerechter Maßnahmen. Eine wichtige Säule ist daher die allgemeine Gewaltprävention. Maßnahmen hierzu finden sich bereits im Handlungskonzept „Handeln gegen Jugendgewalt“ (Drs. 18/7296) mitsamt seiner Fortschreibung im Jahr 2010 (Drs. 19/8174) sowie seiner Erweiterung und Intensivierung im Jahr 2012 (Drs. 20/5972).

Die Heterogenität der Täterinnen und Täter macht aber deutlich, dass unterschiedliche Ansätze zur Prävention von Gewalttaten durch gewaltbereite und distanzlose Jugendliche und Jungerwachsene innerhalb von Protestgeschehen notwendig sind. Neben Sachbeschädigungen und Angriffen auf Polizeikräfte zeigten insbesondere die Plünderungen –auch durch nicht-politisch motivierte Täterinnen und Täter– das enthemmte Verhalten auf. Neben der Beschädigung des Eigentums und der Verletzung der körperlichen Unversehrtheit anderer Personen erschreckte viele Außenstehende auch das fehlende Unrechtsbewusstsein beim Plündern von Geschäften. Damit rückt die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und von Kompetenzen im Kontext der Entwicklung von subjektiven und gesellschaftlichen Werten in den Mittelpunkt und muss in den bestehenden Strukturen weiter aufgegriffen werden. Dasselbe gilt für die Förderung der Legitimitätswahrnehmung von Hoheitsträgern und von Vertrauen in deren rechtsstaatliche Aufgabenwahrnehmung. Gewaltprävention und die Vermittlung von Werten setzen bereits im frühkindlichen Alter an. Bei der Entwicklung neuer Maßnahmen sollten auch Erkenntnisse aus der entwicklungspsychologischen Forschung einbezogen werden.

Ein weiterer Baustein ist auch in diesem Bereich die Stärkung von Partizipation und Verantwortung von Kindern und Jugendlichen. Eine wichtige Rolle spielt hierbei das Erlernen von Demokratie und darin eingeschlossen das Erleben von Beteiligung, das Erwerben sozialer Kompetenzen wie Kompromissfähigkeit, die Fähigkeit zum Austausch rationaler Argumente sowie die Achtung von Minderheiten. Partizipation verbessert darüber hinaus die Resilienz,

also die Fähigkeit von Kindern und Jugendlichen, Konflikte und Krisen zu bewältigen. Wissenschaftlich belegt ist zudem, dass die frühe Partizipation von Kindern und Jugendlichen die Wahrscheinlichkeit erhöht, sich in der Erwachsenenzeit gesellschaftlich zu engagieren.³³ Maßnahmen zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements sind in der Engagementstrategie (Drs. 20/12430) mitsamt seiner Fortschreibung von 2019 (Drs. 21/19311) enthalten.

4 Handlungsschwerpunkte

Bei den Geschehnissen während des G20-Gipfels wurde deutlich, dass hinsichtlich der Täterinnen und Täter der Ausschreitungen deutlich zu differenzieren ist. Die Tätergruppen sind wie bereits dargestellt nicht pauschal dem ‚Linksextremismus‘ oder der ‚linken Szene‘ zuzuordnen. Der Senat hat diese Unterscheidung aufgegriffen und sich in seinem Konzept einer Doppelstrategie klar für eine Unterscheidung zwischen Maßnahmen für Gewalttäterinnen und -täter mit linkspolitischem Hintergrund und Maßnahmen für gewaltbereite und distanzlose Jugendliche und Jungerwachsene innerhalb von Protestgeschehen entschieden. Hierbei gibt es jedoch zum Teil Überschneidungen der Handlungsansätze:



³³ Siehe hierzu BT-Drs.18/11800 - Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland (2019), S. 190 f.

4.1 Handlungsschwerpunkte Vorbeugung und Bekämpfung von linker Militanz

Die Handlungsschwerpunkte im Rahmen der Vorbeugung und Bekämpfung von linker Militanz beinhalten Maßnahmen der phänomenspezifischen Prävention, aber auch solche der allgemeinen Extremismusprävention und Demokratieförderung, welchen aufgrund der vorstehenden Ausführungen ein besonderer Stellenwert zukommt. Im Folgenden werden bereits bestehende Maßnahmen beschrieben und neue Ansätze erstmals in einem Konzept zusammengeführt. Es wird aufgezeigt, wo Maßnahmen entwickelt oder angepasst werden müssen. Aufgrund der beschriebenen fehlenden Erfahrungen und der unterentwickelten Forschungslage setzt der Senat auf die Erprobung neuer Ansätze und Zugänge, die ggf. auch weiter angepasst und zielgruppengerechter zugeschnitten werden müssen. Hierzu ist auch der Aufbau neuer Strukturen notwendig.

4.1.1 Analyse und Aufbau von Expertise

Für einen sachgerechten Umgang mit dem Phänomen der linken Militanz sind der Aufbau von Expertise in diesem Bereich sowie eine sorgfältige Analyse der Lage in Hamburg notwendig.

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) hat für den Bereich Prävention von linker Militanz eine Zuständigkeit geschaffen. Die anderen fachbehördlichen Zuständigkeiten bleiben hiervon unberührt.

Um Wissen über den Phänomenbereich aufzubauen, muss nicht nur die vorhandene wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema ausgewertet, sondern auch vorhandenes Informationsmaterial zusammengeführt werden. Die bislang rudimentär existente Grundlagenforschung in den Bereichen des Linksextremismus bzw. der linken Militanz muss vorangetrieben und gefördert werden, beispielsweise im Rahmen der Beauftragung oder Unterstützung von Forschungsvorhaben. Die Weiterentwicklung des Forschungsstandes ist notwendig, um mehr über Radikalisierungsverläufe, Strukturen und Sozialisation zu erfahren. Auf dieser Grundlage können Maßnahmen fortlaufend geprüft und gegebenenfalls angepasst oder neue Ansätze entwickelt werden.

An der Akademie der Polizei findet bereits langjährige Forschungsarbeit statt. Durch eine neue Forschungseinrichtung, die innerhalb der nach dem Hamburgischen Polizeiakademiegesetz (HmbPolAG) vorgesehenen Organisationsstruktur geschaffen wird, soll das wissenschaftliche Profil der Akademie der Polizei Hamburg insbesondere durch einen Ausbau der polizeispezifischen Forschung, zum Beispiel im Bereich der gesellschaftlichen Konflikt- und Gewaltentstehung weiter gestärkt werden. Dabei sollen interdisziplinäre Ansätze verfolgt und eine gezielte Kooperation beziehungsweise ein Austausch mit externer Expertise und anderen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen betrieben werden.

Die polizeiliche Fachdienststelle „Prävention gewaltzentrierter Ideologien“ des Landeskriminalamtes (LKA 702) ist seit mehreren Jahren im Bereich der Prävention der rechts bzw. religiös politisch motivierten Kriminalität tätig und wird ihre Aufgaben künftig um den Bereich der linken Militanz und entsprechender Phänomene erweitern. Große Bedeutung kommt dabei der Netzwerkarbeit sowie dem Kontakt zu relevanten „Gatekeepern“ (Organisationen, Einzelpersonen) und Zielgruppen zu. Das LKA 702 nimmt am überregionalen und interdisziplinären Fachaus-tausch teil, um Erkenntnisse und mögliche Ansätze innerhalb und außerhalb der Polizei weiterzugeben („Train-the-Trainee“).

Das LfV wird im Bereich der Auswertung seine wissenschaftliche Analyse verstärken und vertiefen. Insbesondere sollen neu auftretende politische Strömungen, Initiativen und Gruppen im Hinblick auf deren verfassungsschutzrechtliche Relevanz bewertet und wissenschaftlich analysiert werden. Die daraus neugewonnenen Erkenntnisse sollen auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden, beispielsweise in Vorträgen im (vor)politischen Raum und weiteren interessierten Bedarfsträgern. Ergänzend sollen für den Bereich der neuen Medien weitere Fachkompetenz aufgebaut werden.

4.1.2 Information der Öffentlichkeit

Zur Förderung einer sachgerechten gesellschaftlichen Diskussion müssen der Öffentlichkeit Informationen zum Thema linke Militanz und gewaltfördernder Eskalationsdynamik zur Verfügung gestellt werden. Nur so können Unsicherheiten mit diesem Themenbereich beseitigt und eine offene Diskussion ermöglicht werden. Hierzu gehört auch die Förderung von Medienkompetenz in jeder Altersgruppe.

- Die Landeszentrale für politische Bildung (LZ) und das Jugendinformationszentrum (JIZ) halten im gemeinsamen Infoladen Bücher, Materialien und Medien vor, die auch das Thema Linksextremismus behandeln. Die Publikationsangebote werden laufend aktualisiert.
- Das JIZ stellt auf den Seiten des Hamburger Jugendserver weiterführende Informationen für Jugendliche zum Thema Linksextremismus bereit: <http://www.jugendserver-hamburg.de/?tid=377>
- Das LfV klärt die Öffentlichkeit über Gefahren aus dem Bereich des Linksextremismus und dessen Strukturen in Hamburg auf. Dies geschieht durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, wie etwa im Internet (<https://www.hamburg.de/innenbehoerde/linksextremismus>). Vertreterinnen und Vertreter des LfV halten Vorträge und nehmen an Diskussionsveranstaltungen teil, darüber hinaus stehen sie auch im Einzelfall zur Verfügung, um im Umgang mit konkreten Problemstellungen Beratung und Unterstützung zu leisten.
- In Hamburg gibt es bereits zahlreiche Maßnahmen zur Sensibilisierung, Aufklärung und Nutzung des Internets und seiner potentiellen Gefahren. Hierzu gehört auch der Erwerb der Fähigkeit, sich kritisch mit Berichterstattung im Internet auseinanderzusetzen und Agitationsstrategien zu erkennen. Diese müssen mit Blick auf Agitations- und Kommunikationsstrategien aus der links-militanten Szene erweitert werden. Zudem müssen Strategien zur aktiven Auseinandersetzung im Netz entwickelt werden.
- Weiterhin ist beabsichtigt, zum Themenfeld linke Militanz eine Internetseite einzurichten, auf welcher eine Übersicht der vorhandenen Informationen für verschiedene Zielgruppen aufzufinden ist. Auch Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Angehörige oder Betroffene von Gewalt werden dort aufgeführt.

4.1.3 Vernetzung fördern

Bislang findet noch kein regelmäßiger Austausch aller thematisch betroffenen Akteure in Hamburg statt. Innerhalb der betroffenen Behörden und Bezirke wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um sich über die laufenden Entwicklungen, Maßnahmen und Erfahrungen auszutauschen. Hierdurch sollen die Zusammenarbeit in diesem Feld intensiviert und der Aufbau von gemeinsamen Wissen sichergestellt werden. In dieser Arbeitsgruppe sollen auch präventive Ansätze diskutiert und entwickelt werden. Durch die Institutionalisierung des bisher losen Austausches

soll ein kontinuierlicher Informationsfluss gewährleistet werden. Die Koordination der Arbeitsgruppe übernimmt die BASFI. Die fachbehördlichen Zuständigkeiten bleiben hiervon unberührt. Es ist zu prüfen, ob der langfristige Aufbau eines Beratungsnetzwerkes sinnvoll erscheint und sich interessierte und geeignete Akteure hierfür finden.

Daneben werden weitere Gesprächspartnerinnen und -partner identifiziert und neue Kommunikationsformate entwickelt. So prüft die Polizei Hamburg im Zusammenhang mit der Nachbereitung des G20-Gipfels Veränderungen der Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen von Protestgeschehen. Geprüft werden u.a. Verbesserungsmöglichkeiten der institutionellen Kommunikation mit Betroffenen unterschiedlichster Zielgruppen, dies insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Heterogenität der Zusammensetzung von Protestierenden. Ziel ist, in einen Dialog über das Miteinander zu kommen, Verständnis für die Rolle und Herausforderungen der Polizei zu wecken und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an die Polizei aufzunehmen, um deren Vertrauen zu stärken. Daneben soll auch der verbesserte Einsatz von Kommunikationsteams geprüft werden, um Zielgruppen im Rahmen von Protestereignissen besser anzusprechen und so deeskalierend zu wirken.

Der bundesweite Austausch mit Bundesministerien, Sicherheitsbehörden, anderen Ländern sowie Akteurinnen und Akteuren der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft wird weiter ausgebaut. Aufgrund der wenigen Erfahrungen im Bereich der Prävention der linken Militanz ist es umso wichtiger, sich mit in diesem Feld Aktiven zu vernetzen und regelmäßig auszutauschen. Gleiches gilt für den Fachaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden.

4.1.4 Qualifizierung von Fachkräften

Die Sensibilisierung und Qualifizierung von pädagogischen Fachkräften, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Erziehungs- und Sozialberatungseinrichtungen und anderen Personengruppen in relevanten Berufsfeldern (z.B. Strafvollzug, Schule, Kita) soll ausgeweitet werden.

Inwieweit und in welcher Form linke Militanz in der Praxis und im Alltag der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen thematisiert und aufgegriffen wird, ist von den Kenntnissen der Fachkräfte abhängig. Ein zentraler Handlungsschwerpunkt liegt daher in der Förderung der Bereitschaft pädagogischer Fachkräfte, entsprechende Bildungsgelegenheiten zu erkennen, aufzugreifen und produktiv zu nutzen. Es sollen neue Formate entwickelt und erprobt werden, durch welche die Analyse- und Handlungskompetenzen im Bereich der linken Militanz sowie der bestehenden Handlungsfelder Demokratiebildung und Gewaltprävention gestärkt werden, damit Fachkräfte in einen offenen, fundierten, kritischen aber zugleich auch wertschätzenden Dialog mit Jugendlichen und Jungerwachsenen treten können. Dies kann in einer Diskussionsreihe, in Workshops, einem Fachtag oder anderen Beratungskonzepten stattfinden.

Mögliche Themen sind:

- Vermittlung von Hintergrundwissen,
- Austausch von Erfahrungen im Rahmen der Arbeit,
- Herausforderungen des Themas Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele,
- Linke Militanz im Internet – Agitationsstrategien erkennen und Gegenstrategien entwickeln,
- Förderung von freiwilligem oder politischem Engagement bei Jugendlichen,

- Argumentationstraining,
- Wie kann Gewaltdistanzierung mit Blick auf linke Militanz stattfinden?,
- Antizionistischer Antisemitismus.

Daneben sollen auch die bestehenden Fortbildungsangebote für Demokratiebildung, Konfliktbewältigungsstrategien, Medienerziehung und Gewaltprävention geprüft und ggf. erweitert werden, auch unter Einbeziehung aktueller pädagogischer Forschungsergebnisse.

In den Sicherheitsbehörden sind die oben genannten Themen bereits Gegenstand der Aus- und Fortbildung, die entsprechenden Inhalte sind dabei ständig zu aktualisieren. Neben der Fachdienststelle „Prävention gewaltzentrierter Ideologien“ des LKA wird auch die Akademie der Polizei weiterhin die Polizei Hamburg bei der Wissensbildung und Weiterentwicklung der polizeilichen Fortbildung unterstützen.

4.1.5 Kinder und Jugendliche fördern und sensibilisieren

Auf Grundlage der Hamburger Bildungsempfehlungen für die Bildung und Erziehung von Kindern in Tageseinrichtungen wird bereits in der frühkindlichen Bildung anhand partizipativer Ansätze das Demokratie- und Toleranzverständnis gefördert. Darüber hinaus ist in Vorschulen, Schulen, Jugendverbänden und -einrichtungen sowie im Sport Demokratieförderung integraler Bestandteil der pädagogischen Arbeit.

Demokratieförderung und damit eine frühzeitige Prävention menschenverachtender Einstellungen ist ein integraler Bestandteil der pädagogischen Arbeit in den Schulen.

Grundlegend für den schulischen Unterricht ist das Hamburgische Schulgesetz (HmbSG), dort wiederum insbesondere der in § 2 HmbSG niedergelegte allgemeine schulische Bildungsauftrag, demgemäß sich Unterricht und Erziehung an den Werten des Grundgesetzes und der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg ausrichten. Des Weiteren ist es Aufgabe der Schule, die Schülerinnen und Schüler zu befähigen und ihre Bereitschaft zu stärken, ihre Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Achtung und Toleranz, der Gerechtigkeit und Solidarität sowie der Gleichberechtigung der Geschlechter zu gestalten und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, an der Gestaltung einer der Humanität verpflichteten demokratischen Gesellschaft mitzuwirken und für ein friedliches Zusammenleben der Kulturen sowie für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen einzutreten. Der allgemeine Bildungs- und Erziehungsauftrag bindet alle in Schule und Unterricht pädagogisch Tätigen unmittelbar.

Dieser Auftrag beinhaltet als grundsätzliche Aufgabe der Schule auch den pädagogisch verantworteten Umgang mit Konflikten jedweder Prägung, ebenso wie die Beratung und Unterstützung von Schülerinnen und Schülern. Der Umgang mit möglichen herausfordernden Situationen durch politische Entwicklungen oder Fragen, die aus der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler erwachsen, gehört zum Standardrepertoire pädagogischen Arbeitens. Aktuelle Bezüge und mögliche Entwicklungen in der Gesellschaft werden üblicherweise im Rahmen des Fachunterrichts oder anderer Formate bearbeitet.

Dabei wird im Bereich der Prävention ein multiperspektivischer Ansatz verfolgt, der die verschiedenen Formen des Extremismus als menschenrechts- und demokratiefeindlich einordnet und sich auf die Bereiche Politik, Religion, Demokratiepädagogik, Sozial- und Rechtserziehung sowie Interkulturelle Erziehung stützt. Die Maßnahmen an der einzelnen Schule werden

mit den beteiligten Fachkräften auch in Hinblick auf eine Verankerung in der Schulentwicklung koordiniert, damit die Fachkräfte in der Schule Sicherheit im Umgang mit extremistisch motivierten Äußerungen und Vorfällen gewinnen. Der Umgang mit dem Thema soll somit in der gesamten Schule verankert und damit ein abgestimmtes Vorgehen zur Prävention und Intervention im Kollegium erreicht werden. Die Prävention von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und aller Formen des Extremismus ist insofern grundsätzliche Querschnittsaufgabe von Schule und der pädagogischen Fachkräfte.

Die für Bildung zuständige Behörde stellt hierzu eine Vielzahl von Unterstützungsangeboten bereit, die für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte bei Unterstützungsbedarf zum Beispiel in Konfliktfällen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus können die Schulen Beratungs- und Unterstützungsleistungen durch die folgenden Institutionen beziehungsweise Angebote in Anspruch nehmen: die Regionalen Bildungs- und Beratungszentren (ReBBZ), die Vermittlung von Sprach- und Kulturmittlern, die Beratungsstelle Gewaltprävention, das Beratungszentrum berufliche Schulen (BZBS), das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI), sowie eine Vielzahl von freien Beratungsstellen.

Das LI bietet den Schulen und einzelnen Lehrkräften Beratungen und Fortbildungen an. Im Regelangebot des LI werden zahlreiche zentrale und schulinterne Fortbildungen für Lehrkräfte an Hamburger Schulen zu den unterschiedlichen Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und des Extremismus angeboten. Dabei werden Lehrkräfte für die Thematik sensibilisiert und Handlungsoptionen vermittelt. Der Fokus der Beratungen und Fortbildungen des LI liegt dabei auf der Stärkung der Primärprävention, der Stärkung der politischen Bildung, der Förderung demokratischer Aspekte in der Schul- und Unterrichtsentwicklung. In Kooperation von LI, dem Schulinformationszentrum und der SchülerInnenkammer Hamburg werden im Projekt SchülerInnen-Schule-Mitbestimmung Schülermoderatorinnen und Schülermoderatoren an die Schulen vermittelt, die die Mitbestimmungsrechte von Schülerinnen und Schülern vor Ort stärken.

Ferner wird in Zusammenarbeit mit der Behörde für Schule und Berufsbildung von der Justizbehörde das Projekt „Schule mit Recht“ durchgeführt, bei dem juristische Praktiker aus verschiedenen Berufsfeldern ihre Erfahrungen, Sichtweisen und ihr Verständnis des Rechtssystems an Schülerinnen und Schüler weitergeben und so deren Demokratieverständnis fördern und entwickeln.

Als ergänzende Ansätze sind vorgesehen:

- Die LZ bietet Workshops für Jugendliche der Klassen 8 bis 13 mit dem Titel "Ich will mitmischen! Jung und politisch in Hamburg" sowie „Meine Meinung zählt!“ an, in denen über die Möglichkeiten der politischen Beteiligung in Hamburg informiert wird. Jugendliche können dabei auch mit Mitgliedern aus den Jugendverbänden der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien diskutieren. Weiterhin sind lokale Diskussionsforen für Jugendliche geplant.
- Im Juni 2019 fand die von der LZ organisierte Demokratiemesse #WirSindZukunft zur Auseinandersetzung mit Fragen der Demokratie, der politischen Bildung und politischen Teilhabe statt. Die Veranstaltung soll zukünftig alle zwei Jahre durchgeführt werden. Hier soll die Vielfalt der politischen Bildung für Jugendliche in Hamburg jugendgerecht und dialogorientiert präsentiert werden. Jugendliche werden schon bei der Planung und Organisation aktiv einbezogen.

Die Beratungsstelle Gewaltprävention ist für alle Verdachtsfälle von Rechtsextremismus, religiös begründetem Extremismus und linker Militanz in den allgemeinbildenden Schulen zuständig. Dabei werden je nach Lage des Einzelfalls die entsprechenden Ansprechpartnerinnen und -partner wie z.B. die zuständigen Jugendämter und Jugendhilfeträger oder die Sicherheitsbehörden einbezogen.

In der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind Gewaltprävention und die Auseinandersetzung mit politischen Weltanschauungen Teil des pädagogischen Alltags. Im Rahmen von Projekten der offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen können Kinder und Jugendliche an die Teilhabe an demokratischen Prozessen herangeführt werden. Darüber hinaus soll im Bereich der Förderung überregionaler Projekte für die kommende Förderperiode des Landesförderplans „Familie und Jugend“ geprüft werden, inwieweit Maßnahmen oder Projekte ausgeschrieben werden können, deren Handlungsfelder sich mit politischer Willensbildung und gegebenenfalls neuen Protestformen junger Menschen befassen. In der Kinder- und Jugendarbeit kann dies die Unterstützung junger Menschen bei der Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen sowie der Auseinandersetzung mit dem Einsatz von Gewalt als vermeintlich legitimen Mittel zur Durchsetzung von politischen Positionen umfassen.

4.1.6 Einbindung bestehender Beratungsangebote

Für Eltern und Angehörige sowie Betroffene von links-politisch motivierter Gewalt sollen die in Hamburg bereits bestehenden Beratungsangebote, die in solchen Fällen eine Anlaufstelle bieten und Unterstützung gewährleisten, noch besser aufzufinden sein. Informationen zu den Angeboten werden zielgruppengerecht auf der neuen Internetseite aufbereitet.

- Familien, Kinder und junge Menschen, die in problematischen Lebenslagen Hilfe benötigen, können jederzeit Hilfen zur Erziehung in Anspruch nehmen. Dies sind Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, wie z.B. Erziehungsberatung oder sozialpädagogische Familienhilfe.
- Die Opferhilfeberatung unterstützt Opfer von Gewalttaten, das gilt für jedwede Art von politisch motivierten Gewalttaten.

Seit 2011 bietet das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) ein bundesweites Aussteiger-telefon an (<https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-linksextremismus/aussteigerprogramm-linksextremismus>), das von Angehörigen der linksextremistischen Szene in Hamburg genutzt werden kann. Nach derzeitiger Einschätzung sowie der nach der Auskunft der Bundesregierung äußerst geringen ernsthaften Nutzung des Angebotes des BfV³⁴ erscheint dem Senat die Einrichtung eines zusätzlichen bzw. erweiterten Ausstiegsangebots nicht sinnvoll. Die Erfahrungen anderer Länder mit eigenen Ausstiegsangeboten werden jedoch beobachtet und fortlaufend geprüft, ob in Hamburg ein Bedarf für Aussteigerprogramme und Distanzierungsarbeit besteht oder neue Zielgruppen benannt werden können, die eine Konzeption notwendig machen.

4.1.7 Stärkung der Zivilgesellschaft

Die Stärkung der Zivilgesellschaft muss auch mit Blick auf linke Militanz weiter gefördert werden.

³⁴ BT-Drs. 18/13268.

In der Diskussion über linke Militanz wird deutlich, dass in Teilen der Gesellschaft keine eindeutige Distanzierung zur Anwendung von Gewalt als vermeintlich legitimes Mittel für eine „gute Sache“ stattfindet. Die gesellschaftliche Diskussionsbereitschaft über dieses Thema soll daher gefördert werden. Hierzu ist die Entwicklung und Erprobung neuer Ansätze notwendig, beispielhaft:

- Entwicklung und Durchführung von Formaten, durch welche der öffentliche Diskurs zum Thema Militanz, Gewaltdistanzierung und Gewaltfreiheit eröffnet werden soll. Diskussionen könnten beispielsweise mit einzelnen Berufsgruppen oder Anwohnerinnen und Anwohnern besonders betroffener Stadtteile initiiert werden.
- Vortragsreihen zum Thema linke Militanz, dem Umgang mit Protest in Vergangenheit und Gegenwart sowie den rechtlichen Rahmenbedingungen für exekutives Handeln bei Protestgeschehen durch Träger der politischen Bildung.

Weiterhin will der Senat zivilgesellschaftliche Träger ermutigen, Modellprojekte im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ beim BMFSFJ zu beantragen.

Freiwilliges Engagement hat eine große Bedeutung für das Gemeinwesen, eröffnet dem Einzelnen aber auch die Möglichkeit, sich für seine Ziele einzusetzen und einzubringen. Es ist damit Teil der Demokratieförderung und eröffnet die Erfahrung von Selbstwirksamkeit. Freiwilliges Engagement ermöglicht außerdem gesellschaftliche Teilhabe, fördert sozialen Zusammenhalt sowie gesellschaftliche Identität und gibt Raum für die Entwicklung individueller Kompetenzen. Der Senat verfolgt in der Engagementstrategie 2020 (Drs. 20/12430) eine Vielzahl von Maßnahmen, um diese Entwicklung weiter zu fördern. Aktuell wurde diese Strategie nach umfangreicher Beteiligung der Zivilgesellschaft fortgeschrieben (Drs. 21/19311), die besonderen Interessen und Bedarfe junger Menschen in diesem Feld wurden hierbei berücksichtigt.

4.1.8 G20-Aufarbeitung

Es soll im Rahmen der G20-Aufarbeitung ermittelt werden, welche Themen weiterhin virulent sind. Mögliche Themen für verschiedene Formate sind:

- Kommunikations- und Informationsfluss zwischen der Hamburgischen Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern bei Großereignissen
- Dialog zwischen den Akteuren: Polizei, Anwohnerschaft und andere Betroffene, Einbindung von Initiativen im Sozialraum
- Verbesserung des Krisenmanagements
- Perspektiven und eigene Wahrnehmung der Ausschreitungen während des Gipfels - verschiedene Erzählungen zu den Ereignissen
- Wie soll sich das Zusammenleben in den betroffenen Stadtteilen mit Blick auf die Geschehnisse gestalten?

Nach den Ausschreitungen während des G20-Gipfels, von denen der Stadtteil Sternschanze maßgeblich betroffen war, hat das Bezirksamt Altona die Stelle einer Stadtteilkordinatorin eingerichtet. Diese Stelle wurde durch die Bereitstellung von Sach- und Personalmitteln seitens der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen ermöglicht. Sie verfolgt die Zielsetzung nachhaltige Kommunikationsstrukturen im Stadtteil zu etablieren, um einen kontinuierlichen Austausch zwischen unterschiedlichen Akteuren und Interessensgruppen wie Bürgerinnen

und Bürgern, Verwaltung und Politik aufzubauen und zu moderieren. Hierzu gehört auch die stetige Betreuung und Unterstützung unterschiedlicher Interessenvertretungen, wie beispielsweise des Stadtteilbeirats, der Kulturschaffenden sowie Gewerbetreibenden, bei denen die Nachwirkungen der Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel nach wie vor präsent sind. In diesem Kontext werden auch Themenkomplexe wie beispielsweise die Belastungen durch das Cornern, den zunehmenden Tourismus oder Fragen der städtebaulichen Entwicklung und Bürgerbeteiligung bearbeitet.

Neben den Anwohnerinnen und Anwohnern waren auch die im ‚Schanzenviertel‘ ansässigen Gewerbetreibenden von den Ausschreitungen sowie Plünderungen betroffen. In der Kritik standen auch die aus Sicht der Betroffenen mangelnde Information und Kommunikation durch die Behörden im Vorfeld des G20-Gipfels. Zur Verbesserung des Austauschs und der Kommunikation wurden zwischen August 2018 und Mai 2019 vom Bezirksamt vier Runde Tische für die Gewerbetreibenden veranstaltet, um über aktuelle Herausforderungen des Stadtteils Sternschanze als Standort des Gewerbes zu sprechen und gemeinsame Lösungsperspektiven zu erarbeiten. Nach Abschluss dieser Veranstaltungen vom Bezirksamt entstand eine Initiative einiger Gewerbetreibenden, den begonnen Dialog im Rahmen eines Netzwerkes weiterzuführen.

Zudem will der Senat auch Forschungsvorhaben mit Bezug auf den G20-Gipfel unterstützen.

4.2 Strategie gegen gewaltbereite und distanzlose Jugendliche und Jungerwachsene im Rahmen von Protestgeschehen

Maßnahmen und Angebote, die auf Demokratiestärkung bei Kindern und Jugendliche abzielen, sind gleichsam Bestandteil der Strategie gegen gewaltbereite und distanzlose Jugendliche und Jungerwachsene im Rahmen von Protestgeschehen; sie werden nachfolgend nicht im Einzelnen wiederholend aufgeführt. Die wenigen Erkenntnisse über die Zielgruppe machen den Aufbau und Austausch von Wissen sowie die weitere Beobachtung des Phänomens besonders notwendig.

4.2.1 Analyse, Aufbau von Expertise

Der unterentwickelte Forschungsstand macht es notwendig, auch in diesem Bereich Forschung und andere wissenschaftliche Projekte zu fördern und vorhandene Informationen zusammenzuführen. Insbesondere die Frage, welche gewaltpräventiven Projekte aus anderen Kontexten übertragen werden können, wird zu prüfen sein.

Forschungsergebnisse aus der Protestforschung und Kriminologie, wie situative Analysen von Gewalteskalationen und Studien zur Gewaltentwicklung bei Demonstrationen können einerseits helfen, neue Ansätze und Maßnahmen zu entwickeln, andererseits aber auch bei zukünftigen Einsatzplanungen Berücksichtigung finden. Das LKA hat in diesem Bereich bereits eine Masterarbeit zur Analyse von Plünderungen während Protestgeschehen unterstützt.

4.2.2 Wertediskussion

Es sollen Formate entwickelt werden, die die Diskussion über Werte in unserer Gesellschaft und die Stärkung des Miteinanders fördern. Hierzu gehört auch die Ursachenforschung zu Phänomenen von distanzlosem Verhalten.

Neben der Weiterführung von bestehenden Programmen wie Cop4U ist die Entwicklung von neuen Formaten und Ansätzen geplant, durch die verschiedene Berufsgruppen von Hoheitsträgern mit Kindern und Jugendlichen zusammengebracht werden und diesen die Bandbreite und Wichtigkeit von Berufsgruppen wie Polizei, Rettungskräften und Feuerwehr auf einer niedrigschwelligen und praxisnahen Ebene näher gebracht werden können. Durch niedrigschwelligen und unbelasteten Kontakt soll auch die Legitimitätswahrnehmung für hoheitliches Handeln gestärkt werden.

4.2.3 Stärkung von Verantwortung und Partizipation

Neben der bereits dargestellten Weiterführung und dem Ausbau der Demokratieförderung sind weitere Maßnahmen geplant, durch welche die Verantwortung und das Erleben von Partizipationsmöglichkeiten bei Jugendlichen und Jungerwachsenen gestärkt werden sollen.

Im Rahmen von ProRegio (Projekt Regionale Kooperation von Schule und Jugendhilfe) fördern BASFI und BSB deshalb gemeinsame Projekte von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe unter anderem zur Demokratieförderung. Aktuelle Projekte sind:

- „Debattierclub für junge Menschen“: Unter anderem mit den Zielsetzungen, Argumentationskraft und –fähigkeit zu stärken und eine wertschätzende Haltung trotz unterschiedlicher Auffassungen zu entwickeln.
- „Partizipation im Stadtteil“ mit der Zielsetzungen, Partizipationsmöglichkeiten im Stadtteil wahrzunehmen und demokratische Aushandlungsprozesse anzuwenden.

Die LZ entwickelt jugendaffine Materialien für die politische Bildung und Demokratiebildung. So wurden für Schulen, Träger der außerschulischen Bildung, der Kinder- und Jugendhilfe sowie andere Interessierte handlungsorientierte Politiksimulationen („Vielfältige Nachbarschaft: Jugendliche in Harburg“, „Unterbringung von Geflüchteten in Hamburg-Elbstedt“) sowie Planspiele („Jugend im Bezirk - Mitmachen, Einmischen, Ändern“) entwickelt und angeboten. Jugendliche können auf diese Weise demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse insbesondere auf bezirklicher Ebene kennenlernen und erproben. Weiterhin wird auf die bereits dargestellten Angebote zur Demokratieförderung verwiesen.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Stärkung des freiwilligen Engagements von Jugendlichen und Jungerwachsenen. Freiwilliges Engagement wird gerade bei jungen Menschen mit informellen und non-formalen Lernprozessen verknüpft, die junge Menschen in besonderen Maße an Partizipation, demokratische Prozesse und Gemeinsinn heranführen.

Die Engagementstrategie 2020 des Senats (Drs. 20/12430) mitsamt seiner Fortschreibung von 2019 (Drs. 21/19311) verfolgt eine Vielzahl auf junge Menschen gerichtete Maßnahmen, um diese Entwicklung zu fördern.

4.2.4 Sozialraum ‚Schanzenviertel‘

Der Stadtteil Sternschanze steht vor besonderen Herausforderungen. Das Quartier ist über die Stadtgrenzen hinaus als Ort der politischen Auseinandersetzung bekannt. In der Vergangenheit hat sich nicht zuletzt durch die mediale Berichterstattung rund um die Proteste zum 1. Mai und den G20-Gipfel der Eindruck in manchen Teilen der Öffentlichkeit entwickelt, dass hier „alles erlaubt“ sei und Konventionen des respektvollen Miteinanders nur bedingt gültig seien. Dies zieht bei Demonstrationen – aber auch am Wochenende – Jugendliche und Jungerwachsene aus erlebnisorientierter Motivation an. Die Bewohnerinnen und Bewohner des

Stadtteils differenzieren zumeist jedoch sehr deutlich zwischen den „Krawalltouristen“ von außen und Aktivistinnen und Aktivisten im Schanzenviertel, mit denen im Alltag zumeist ein friedliches Miteinander gepflegt wird. Der Anstieg des Tourismus und der sogenannte „Partytouristen“ werden nicht von allen Anwohnerinnen und Anwohnern als positive Entwicklung betrachtet. Der Stadtteil steht vor der Frage, wie sich das Zusammenleben in Zukunft gestaltet und wie diesen Entwicklungen begegnet werden soll.

Durch die Stelle der Stadtteilkordinatorin steht das zuständige Bezirksamt im kontinuierlichen Austausch mit den Anwohnerinnen und Anwohnern, den Gewerbetreibenden, sozialen Institutionen und anderen Akteuren des Stadtteils. Ziel ist die Förderung der Vernetzung und die Stärkung der einzelnen Akteure und Interessensgemeinschaften im Schanzenviertel sowie die Entwicklung eines Leitbildes für ein gutes Miteinander im Stadtteil. Maßnahmen hierzu sind:

- Veranstaltung des Runden Tisches „Sternschanze zwischen Partymeile und Wohnquartier. Wie geht ein verträgliches Miteinander?“ mit Anwohnerinnen und Anwohnern, Gewerbetreibenden sowie Vertreterinnen und Vertretern weiterer relevanter Institutionen im November 2018.
- Entwicklung weiterer Formate zum Austausch unter und zwischen den unterschiedlichen Akteurs- und Interessensgruppen im Stadtteil, sowie Projekte zur Stärkung des Miteinanders, die ggf. im Anschluss auch auf andere Situationen und Quartiere anwendbar sind.

5 Umsetzung und Verstetigung

Präventive Maßnahmen brauchen Zeit, um verlässlich Wirkung zu erzielen. In der Präventionsarbeit gegen linke Militanz befinden sich viele Maßnahmen aufgrund der wenigen Erfahrung in diesem Feld in der Erprobung.

Die BASFI wird die überbehördliche Zusammenarbeit koordinieren und die Maßnahmen regelmäßig überprüfen, um den Erfolg der Maßnahmen sicherzustellen und Qualität zu gewährleisten. Dies soll in jährlichen Fachgesprächen organisiert werden.

Darüber hinaus wird – analog zur Prävention und Bekämpfung von religiös begründetem Extremismus – eine Steuerungsgruppe bestehend aus den Amtsleitungen der beteiligten Fachbehörden und Bezirken eingesetzt, die zweimal jährlich sowie anlassbezogen tagt, davon einmal unter Beteiligung der jeweiligen Staatsrätinnen und Staatsräte.

Weiterhin wird die BASFI auch in anderen Arbeitsgruppen, zu denen es Schnittstellen gibt, zur Umsetzung oder aufgrund aktueller Problemlagen berichten, um einen Wissenstransfer zu gewährleisten.

Eine erneute Berichterstattung gegenüber der Bürgerschaft ist für den 31.05.2022 vorgesehen.

Quellennachweise

- Baron, Udo
Das Selbstverständnis von Links- und Rechtsautonomen – Ein Vergleich zweier neuer subkultureller Erscheinungsformen, in: Hirscher, Gerhard/Jesse, Eckhard (Hrsg.), Extremismus in Deutschland: Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Baden-Baden 2013, S. 435-451
- Die linksautonome Szene, in: Dovermann, Ulrich (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011, S. 231-245
- Glaser, Michaela
,Linke‘ Militanz im Jugendalter – ein umstrittenes Phänomen, in: Schultens, René/Glaser, Michaela (Hrsg.), ,Linke‘ Militanz im Jugendalter: Befunde zu einem umstrittenes Phänomen, Halle 2013, S. 4-21
- Gmeiner, Jens / Micus, Matthias
Radikalismus der Tat. Linke Militanz oder die Ethnologie der (Post-)Autonomen, in: Demokratie-Dialog 2/18, S. 29-35
- Greuel, Frank / Langner, Joachim / Leistner, Alexander / Roscher, Tobias / Schau, Katja / Steil, Armin / Zimmermann, Eva / Bischoff, Ursula
Zweiter Bericht: Modellprojekte Programmevaluation „Demokratie leben!“, Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zu GMF, Demokratiestärkung und Radikalisierungsprävention Zwischenbericht für den Zeitraum 01.01.2016 bis 31.12.2016, München 2016
- Haunss, Sebastian
Die Autonomen – eine soziale Bewegung zwischen radikaler Gesellschaftskritik und Subjektivismus, in: Schultens, René/Glaser, Michaela (Hrsg.) ,Linke‘ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenes Phänomen, Halle 2013, S. 28-46
- Lang, Jürgen P.
Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jesse, Eckhard/Mannewitz, Tom (Hrsg.), Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Baden-Baden 2018, S. 339-388
- Mannewitz, Tom / Ruch, Hermann / Thieme, Tom / Winkelmann, Thorsten
Was ist politischer Extremismus? Grundlagen, Erscheinungsformen, Interventionsansätze, Frankfurt am Main 2018
- Pfahl-Traughber, Armin
Expertise „Aktuelle Strömungen und Entwicklungen im Themenfeld Linksextremismus in Deutschland. Forschungsstand und Forschungsdefizite“, Brühl 2010, abrufbar unter: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/1072_15373_Expertise_Lex_Pfahl-Traughber_05-2011.pdf (Stand: 19.06.2018)
- Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Bonn 2015

- Schroeder,
Klaus/Deutz-Schroeder,
Monika Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus
in Deutschland eine empirische Studie, Frankfurt am Main 2015
- Thieme, Tom Feindbild Polizei im Linksextremismus, in: APuZ 21-23/2019, S.
43-48
- van Hüllen, Rudolf Unterschiede der Prävention im Rechts- und Linksextremismus
– Eine kritische Zwischenbilanz einer schwierigen Materie, in:
Hirscher, Gerhard/Jesse, Eckhard (Hrsg.), Extremismus in
Deutschland, Baden-Baden 2013, S. 489-504